

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Berner Woche**

Band (Jahr): **36 (1946)**

Heft 50

PDF erstellt am: **20.09.2024**

Nutzungsbedingungen

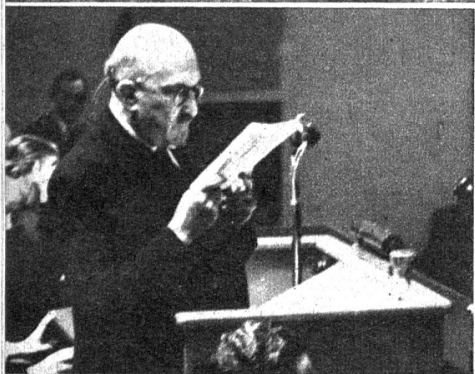
Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



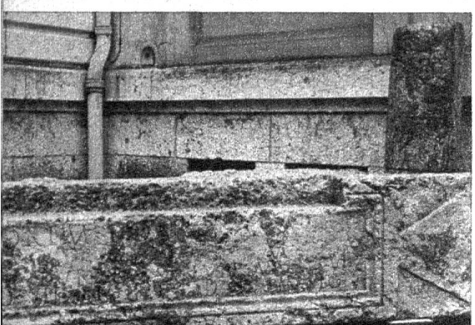
1 Als der französische Luxusdampfer «Normandie» zu Beginn des Jahres 1942 im Hafen von New York in einen Truppentransporter hätte umgebaut werden sollen, brach aus bis heute noch nicht abgeklärten Gründen Feuer an Bord aus. Kürzlich ist das Wrack flottgemacht und vom Pier in Brooklyn nach dem Verschrottungshafen von Newark geschleppt worden. *Photopress.*



2 Am Montagnachmittag wurde im grossen Saal der Mustermesse in Basel der 22. Zionistenkongress eröffnet. Unser Bild: Der greise, 72jährige Präsident der zionistischen Weltorganisation, Dr. Chaim Weizmann, eröffnet den Kongress mit einer Ansprache. *Photopress.*



3 Gegenwärtig läuft in Bratislava vor dem Nationalen Gerichtshof ein Prozess, der den Rahmen eines «gewöhnlichen» Kriegsverbrecherprozesses sprengt. Als Kriegsverbrecher angeklagt ist der katholische Priester Dr. Josef Tiso, ehemaliger Präsident der Slowakei, der im Augenblick des Einmarsches der Deutschen in Prag die slowakische Autonomie proklamiert und sich an die Spitze eines unabhängigen slowakischen Staates gestellt hatte. Hinter Tiso stand und steht auch heute noch das slowakische Volk. Es klingt deshalb sehr glaubhaft, wenn Tiso heute vor Gericht versichert, er habe niemals als Verräter, sondern als slowakischer Patriot gehandelt, der die politische Konjunktur ausgenützt habe. *Photopress.*



4 Es ist dem englischen Premierminister nicht gelungen, die nach London eingeladenen Vertreter der drei grössten indischen Parteien zu einer vernünftigen Reduktion ihrer Forderungen zu be-

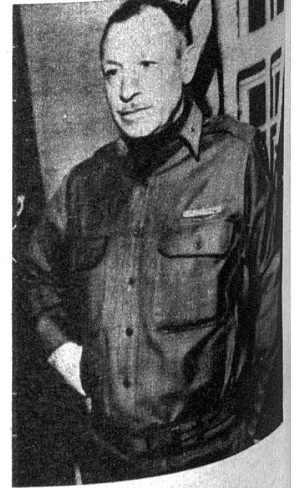
wegen. Die Konferenz war deshalb zwangsläufig zum Scheitern verurteilt. Unser Bild zeigt Pandit Nehru (links), den Führer der Kongresspartei und Vizepräsident der Provisorischen Regierung Indiens, anlässlich eines ihm zu Ehren veranstalteten Empfanges. *Photopress.*

5 Bei wissenschaftlichen Sondierungen auf dem Friedhofplatz in Solothurn stiess man auf einen römischen Inschriftenstein in der Grösse von 2,60 m Länge, 70 cm

Breite und 40 cm Höhe. Eine deutlich lesbare Inschrift lässt einwandfrei erkennen, dass der Block aus dem Portal eines Jupitertempels stammt, und zwar vermutlich aus der Zeit 200 bis 250 Jahre nach Christus. Das Bild zeigt den Stein, dessen Inschrift in deutscher Übersetzung lautet: «Zu Ehren des Kaiserslautet: - Dem Jupiter gewidmet von der Bürgerschaft Solothurns - unter den Magistrern Vicano und Mallusio Titus Pedio.» *Photopress.*



Die Amerikaner haben im Völkerkundemuseum in Tokio den sogenannten «Ngandong Schädel des Homo Solensis» gefunden, dessen Alter auf 300 000 Jahre geschätzt wird. Dieser älteste Menschenschädel, welcher seinerzeit in Solo auf Java gefunden worden war, war von den Japanern nach Tokio verbracht worden und soll demnächst wieder den Holländern zurückerstattet werden. *Photopress.*



Die UNO sucht gegenwärtig einen Gouverneur für Triest. Unter den Kandidaten, die die grössten Chancen haben, auf diesen ausserordentlich wichtigen und verantwortungsvollen Posten berufen zu werden, gehört der amerikanische Generalmajor Bryan Moore. Der 52jährige General hat sich während des Krieges mehrfach durch besondere Tapferkeit ausgezeichnet. *Photopress.*



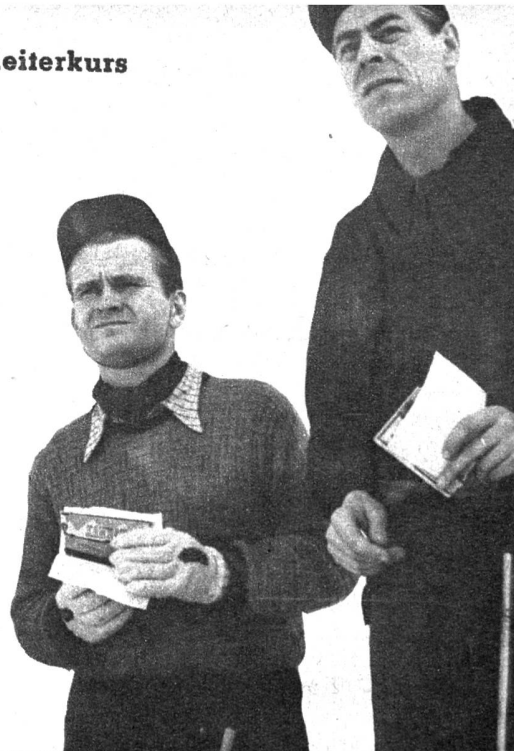
Ermatinger Gangfischschieszen

In Ermatingen herrschte am Sonntag Hochbetrieb, fanden sich doch über 50 Gruppen zu zehn Mann, und damit über 500 Schützen, zum traditionellen Gangfischschieszen ein, an dem erstmals dem Sieger im Gruppenwettkampf die prachtvolle Wanderstandarte auf der Vorder- und einem Gangfisch auf der Rückseite als Sonderpreis winkte. Das prachtvoll verlaufene Fest sah die Gruppe 1 der Frauenfelder Stadtschützen mit 92 000 Punkten an der Spitze des Klassementes (ATP)

Rechts: Als bester Einzelschütze, der rund 500 Konkurrenten hinter sich liess, entpuppte sich der Veteran Fritz Thomas (Berg), indem er das erreichbare Maximum von 100 P. schoss

Schweiz. Skischulleiterkurs in Arosa

Welch hohen Wert das Ausland der schweizerischen Einheitstechnik beimisst, erhellt deutlich daraus, dass drei Landesverbände, nämlich der kanadische, der holländische u. der tschechoslowakische, zu den zwischen dem 1. und 8. Dezember 1946 in Arosa stattgefundenen Schweiz. Skischulleiterkurs Vertreter abgeordnet hatten. Wir sehen hier die beiden tschechoslowakischen Beobachter, Igor Seliga (links) und Ladislav Danay, beide aus Bratislawa (ATP)

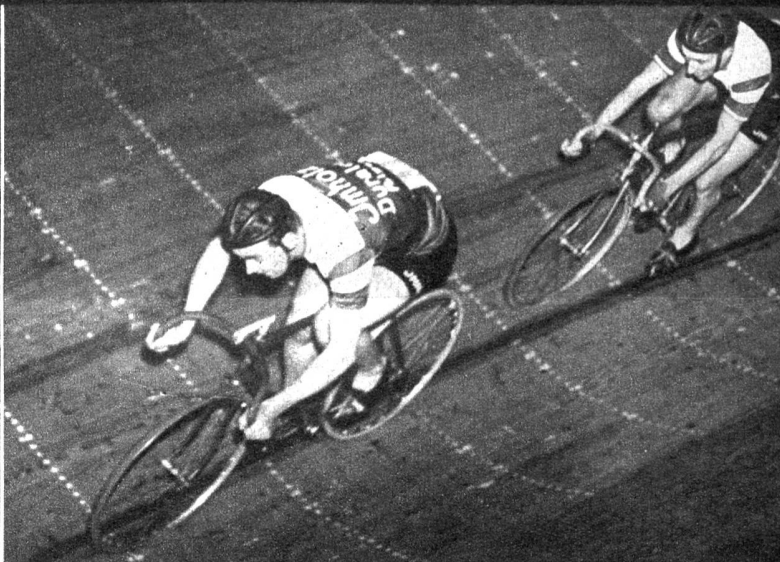


Schweizererfolg an den Europameisterschaften im Rollschuh-Kunstlaufen in Antwerpen

Rechts: Ursula Wehrli wurde der Europameistertitel zugeprochen. Ihre Leistungen wurden mit Platzziffer 10 und 206,3 Punkten vor Fl. Collin (Belgien) gewertet. Zudem sollte sie die Meisterin der Schweiz den Preis für das beste Pflichtlaufen (ATP)



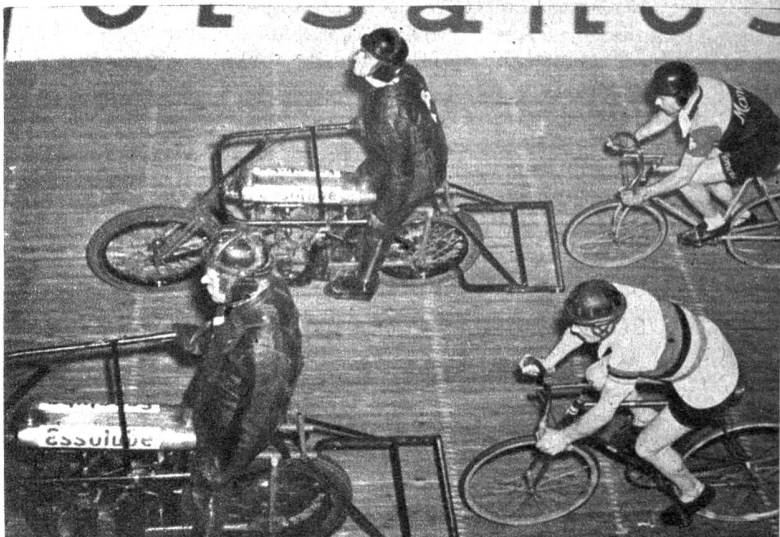
Unten: Das Paar Gritli Müller/Karl Peter gewannen den Europameistertitel im Paarlaufen mit Platzziffer 8 und 10,63 Punkten (Photopress)



Die Internat. Bahnrennen auf der Zürcher Winterbahn (Hallenstadion)

Ein Dreiländeromnium brachte je zwei Fahrer aus Belgien und Frankreich, sowie zwei Schweizerpaare auf die Piste im Rahmen von Sprinterläufen, Zeitverfahren, Verfolgungsrennen und Punktefahren. Die starke belgische Equipe Van Steenberghen (vorne) und Ex-Weltmeister Kint (hinten) gewannen das Gesamtklassement überlegen (Photopress)

Unten: Auch Weltmeister Elia Frosio muss erwähnt werden, der durch unermüdlichen Kampfegeist die Steherläufe interessant gestaltete. Unser Bild: Karl Litschi, der erstmals wieder hinter dem Motor in Aktion trat (oben) greift den Weltmeister Frosio energisch an, ohne jedoch zu reüssieren (Photopress)



POLITISCHE RUNDSCHAU

«Recht auf Arbeit»

-an- Die *Duttweiler-Initiative* wurde sozusagen still beerdigt. Es war wirklich nichts anderes zu erwarten. Der Bürger, und dazu gehören wir alle, auch die „unbürgerlichen“ Schichten der „Unselbständigerwerbenden“, die um so mehr den „Zwang zur Arbeit“ kennen, je weiter unten auf der sozialen Leiter sie stehen, wollen kein trojanisches Pferd im Lande. Wollen kein Gesetz, welches ein „Recht auf Arbeit“ verheisst und nachher mit Notwendigkeit den Staat als Diktator in Arbeitsfragen einsetzt, ihm schliesslich das Recht gibt, den Einzelnen dort zu placieren, wo es ihm beliebt. Nichts fürchtet der immerhin politisch freiaufgewachsene und gewöhnte Schweizer mehr als einen Zustand erhöhten Zwanges, verschärfter Einnischung der anonymen Instanzen, die von den Büros aus das persönliche Schicksal lebendiger Menschen kommandieren. Selbst Leute, die jahrelang immer wieder von Arbeitslosigkeit verfolgt waren, erklärten uns, sie wüssten, was „soziale Organe“ seien, und sie dächten sich einen Staat, in welchem jeder Mann Arbeit finden könne, anders als „bürokratisch“. Stempeln gehen, oder in Arbeitskompagnien geschickt werden, oder in irgendwelchen Notstandsarbeiten die Erfordernisse seines gelehrten Berufes einbüssen – das gerade wollen diese Leute womöglich „nie wieder“! Es sind diese im wahren Sinne des Wortes bekannten „Notstands“-Erscheinungen, die selbst in den Industriekantonen so wenig Stimmen für den Duttweiler-Entwurf zu diesem neuen „Arbeitsrecht“ reifen liessen. Der Arbeiter ist überzeugt – just der Arbeiter – dass „in der Bude“ schon Zwang genug zu erleben sei, aber immer noch vernünftiger Zwang im Vergleich zu dem einer Ordnung, die dem Einzelnen schliesslich auch das Recht, den Arbeitsplatz selbst zu wählen, wegnehmen müsse.

Wenn wir sagen: „Dennoch Recht auf Arbeit“, dann denken wir an eine im Entstehen begriffene organische Ordnung der Wirtschaft, in der die gefährlichen Schwankungen zwischen Konjunktur und Krise durch geeignete Massnahmen immer mehr eingeschränkt werden. Es gibt hundert und aber hundert solcher Massnahmen, die in diesem Sinne ausgleichend wirken. Sichern sie einmal die „Vollbeschäftigung“ nicht vollkommen, dann tritt das „Recht auf Bezahlung für den Fall der Arbeitslosigkeit“ in Kraft, wodurch der Feiernde als Konsument weiter „amtet“ und damit hilft, die Krise auf einem erträglichen Niveau aufzufangen. Gerade die Arbeitslosenversicherung wirkt als „Ausgleichsmittel gegen Krisenwirkungen“. Es darf natürlich nicht missbraucht werden, um vorhandene Arbeit auszuschlagen. Umgekehrt sollte ihm jeder Anhauch von Armengenössigkeit, alles Demütigende und Schikanöse, genommen werden. Denn als „Antikrisenmittel“, als „Sicherung des Kaufkraftminimums“ verdient es die Anerkennung einer ganz normalen Versicherung. Wenn dazu die AHV kommt, wenn die Wirtschaftsartikel kommen, wenn der immer wieder hinausgeschobene Schutz für die Landwirtschaft verwirklicht wird, dann steht unser Land sehr viel „krisenfester“ da als etwa vor zwei Jahrzehnten. Man sollte nur mit mehr Bewusstheit erkennen, was alles diesem Ziele dienen kann und muss.

Ruck nach vorwärts

An der „UNO“-Versammlung drüben in USA hat sich die bisher grösste Überraschung eingestellt: Die Russen wollen in der Abrüstungsfrage auf das Veto verzichten, um eine allgemeine Abrüstung ermöglichen zu helfen. Es muss

natürlich genauer gesagt werden, unter welchen Umständen und in welchem Umfange dieser Verzicht ausgesprochen wurde. Zunächst wollte Molotow als Bedingung einmarkten, dass der Sicherheitsrat sich ausschliesslich mit dem Abrüstungsgeschäft befassen müsse. Er drang damit nicht durch. Die angelsächsische Gruppe will durchaus die „Vereinten Nationen“ in vollem Umfange an der Diskussion beteiligen. Wogegen die Russen der Ansicht sind, die grossen „Fünf“, die ja sozusagen die grössere Masse der Erdbewohner darstellen, hätten die Verantwortung für das Geschick unseres Planeten zu übernehmen; auf sie komme es letzten Endes an; folglich sei es vor allem ihre Angelegenheit, wie sie unter sich ins Reine kämen. In der viel kleineren und von den Grossen massgebend beherrschten Versammlung des Sicherheitsrates, dies ist die Meinung Moskaus, würden all die störenden Zwischenaktionen und auch Rückenschüsse der oder jenen kleinen Nation vermindert. Man hat darin den Beweis für den Willen Moskaus sehen wollen, die Rechte der Kleinen zu schmälern. Durch das Sprachrohr einer deutschen Zeitung – merkwürdigerweise – geben jedoch die Russen zu verstehen, dass sie es nicht so meinen. Die Rechte sämtlicher Nationen wären demnach auch von Moskau anerkannt. Nur müssten die „Kolosse“ selbst mit sich und unter sich ins Reine kommen, sobald es um ihre rivalisierenden Interessen gehe. Keiner wolle „majorisiert“ werden. Also verhindere das Veto eine derartige „Übermehrung“. Im sichernden Schutzwall eines solchen Rechtes aber würden sie gezwungen, ihre Interessen aufs Behutsamste gegeneinander abzuwägen, bis sie sich einstimmig für eine Sache entscheiden könnten. Man tut gut, diese russischen Äusserungen ernst zu nehmen. Denn man versteht hernach besser, warum sie so zäh verhandeln. Ein bis aufs Letzte durchdachtes und durchdiskutiertes Problem wird auf diese Weise jener Lösung entgegengeführt, die für alle das Äusserste an möglichen Erfolgen – und das Äusserste an gegenseitigen Zugeständnissen in sich schliesst. In diesem Sinne wünschte Molotow auch die Abrüstungsfrage „im kleinen Gremium“ zu lösen.

Nun bleibt sie also doch einem grösseren Gremium zum Studium und zur Diskussion vorbehalten. Die praktische Bedeutung dieses Entscheides ist natürlich klein. Denn Diskutieren und Vorschlagen bedeutet nicht „Entscheiden“. Hart auf Hart wird es immer erst gehen, wenn im Sicherheitsrat die Abkommen der Reifung nahen. Und dort erst wird herauskommen, welche Form die auch von Moskau bejahte „internationale Inspektion“ der verschiedenen nationalen Rüstungen, schliesslich annehmen wird. Die britische Presse hat sich ebenso wie die amerikanische sehr befriedigt über die Anzeichen des russischen Entgegenkommens ausgesprochen. Sie hat auch mit einiger Überraschung festgestellt, dass Molotow gar nicht auf einem absoluten Verbot der Atombombe besteht. Die „Atomkommission“ soll seiner Ansicht nach die Führung in der ganzen Angelegenheit erhalten. Ihr liegt bekanntlich das Studium der verschiedenen zuvielen industriellen Verwertungsmöglichkeiten für „Atomenergie“ ob. Je rascher sie der Welt das erwartete Vehikel einleitet, desto zwingender wird die Nötigung, sich den Studien für den wirtschaftlichen und sozialen Umbau in allen Ländern zugleich zu widmen. Die alsdann noch unendlich viel kleiner gewordene Erde hat dann gar keinen Anlass mehr zur Verpetrolung ihrer heutigen gefährlichen Rüstungen. Kriege um Petroleum, Kohle und Wasserkraft fallen dahin. Die Frage der Produktion wird nebensächlich – die der Verteilung rückt

völlig in den Vordergrund. In diesem Sinne darf man wohl mit Molotows die „Atom-Kommission“ – auf weite Sicht – wichtiger als den „Sicherheitsrat“ nehmen.

Die Deutschland-Konferenz,

die ebenso unerwartet in Sicht getreten, deutet gleichfalls auf einen ruckartigen Fortschritt in den internationalen Beziehungen. Man hat nach dem Einlenken Molotows in der Frage von Triest erwarten können, dass er weitere Beweise seiner Geschmeidigkeit geben werde. Die vorläufige Einigung in der Frage der Donauschiffahrt liess etwas Ähnliches erwarten. Gerade diese Einigung zeugt von der russischen Kompromissbereitschaft – und Kompromissfähigkeit. Zwar haben die Angelsachsen mit ihren Sekundanten durchgesetzt, dass sämtliche Nationen der Welt ihre Schiffe durch diese grosse Wasserstrasse führen dürfen. Die Russen eroberten jedoch für die Uferstaaten die volle Souveränität über die Ufer, das heisst: Ihnen wird die Verantwortung über alle Anlagen überbunden, aber auch die Kontrolle überlassen. Die Deutschen, Österreicher, Tschechen, Ungarn, Jugoslawen, Bulgaren, Rumänen und an der Mündung auch die Russen werden also das Heft in der Hand behalten und gewissermassen „an Land gehen lassen“, wen sie wollen. Und werden auch entscheiden, was ausgeladen werden darf und was nicht. Darum aber ging es recht eigentlich in dem langen und zähen Verhandeln.

Was nun die Deutschlandkonferenz angeht, hat am 8. Dezember der amerikanische Aussenminister Byrnes Vorschläge für eine Traktandenliste unterbreitet. Auch Molotow erschien mit einer Umschreibung des Pensums dieser Konferenz. – Er hofft, sie finde in Moskau statt, und zwar im kommenden Februar. Beide Staatsmänner stimmen weitgehend überein. Es sollen „spezielle Aussenminister-Stellvertreter“ ernannt werden, um die verschiedenen Regierungen kleinerer Staaten, die von Hitler überfallen worden, über ihre Klagepunkte anzuhören. Dem alliierten Kontrollrat soll berichtet werden über „Form und Zuständigkeit“ der provisorischen deutschen Zentralregierung (die noch nicht existiert), ferner über die Errichtung von Zentralverwaltungen, welche mit der Viermächteverwaltung in Zusammenhang stehen.

Ein Friedensvertrag mit Österreich soll aufgesetzt werden. Dazu wird über die Begrenzung der Besatzungsarmeen gesprochen werden müssen. Endlich, so schlug Byrnes vor, müssten auch Ort und Datum für den Beginn dieser Deutschlandkonferenz bestimmt werden.

Ferner wollte Byrnes auch die Tagesordnung dieser noch nicht beschlossenen historischen Sitzungen festlegen: Verhandlungen über Umfang und Grenzen des künftigen Deutschland, die Saar eingeschlossen, über die dauernde Entmilitarisierung, über die Schaffung „zentraler Agenturen“ über die zu schaffende provisorische Regierung Deutschlands, über den Vertrag mit Österreich und über die Begrenzung der Besatzungsarmeen.

Dieses letzte (nach der Ordnung auch an letzter Stelle stehende) Geschäft war praktisch das einzige, über das USA und Moskau verschiedene Ansichten äusserten. Byrnes will zunächst eine 25 %ige Beschränkung der Truppenzahl, während die Russen praktisch 33 1/3 % eben jetzt entlassen. Dann soll ein weiteres Drittel entlassen werden. Schliesslich dürften 200 000 Russen, je 140 000 Engländer und Amerikaner und 70 000 Franzosen in Deutschland bleiben. 20 000 Russen in Polen, 5000 je in Ungarn und Rumänien, und je 10 000 Mann aller vier Mächte in Österreich, also 620 000 Mann, darunter 240 000 Russen, würden also als „Garantiearmee“ der neuen, in langer Besetzung „einzulehrenden“ Ordnung übrig bleiben. Molotow erklärte, auf diese Vorschläge keinerlei Antwort geben zu können, da die russischen Militärexperten nicht anwesend seien. Hat diese

„Kontur einer neuen Ordnung“, wie man sie zum ersten Mal erblickt, etwas in sich, was uns

Vertrauen und Hoffnung einflösst? Man atmet sogar beim Lesen der amerikanischen Vorschläge schwer, und wenn man sich die russischen Gegenvorschläge dazu denkt, noch einwenig schwerer. Denn in den Verbindungsstaaten werden die Russen grössere Bestände unterhalten wollen. Überdies sind die auf lange Zeit gedachten 40 000 Mann fremder Soldaten in Österreich ebenso wie die 550 000 im Reiche die fast sichere Garantie für das Wiedererstarken eines deutschen Nationalismus auch in Österreich. Selbst wenn sich diese Garnisonen unsichtbar machen würden, ihr blosses Vorhandensein wird jene Elemente brüskieren, die das Erbe der deutschen Geschichte in ihrem Blute tragen. Und überlegt man sich, wie lange die Mächte hernach ein solches Regime aufrechtzuerhalten wünschen, und ob ihre eigenen Nationen zu Hause es ihnen ermöglichen, wird man von einer gewissen Furcht befallen. Von der Furcht, die Armeen würden später just in jenem gefährlichen Moment abgezogen, da sich die Deutschen wieder ermannt und wieder einer Agitation verschrieben, die aufs Haar jener „völkischen“ in den Zwanziger Jahren gliche.

Es wird darum neben der Aufrichtung dieser „Ordnung“ auf den Spitzen der Bajonette noch ganz anderer Dinge bedürfen, bevor die Deutschen Vertrauen zur Welt und zu den „Vereinten Nationen“ und ihren Herren, den hoffentlich einmal zusammenarbeitenden Grossen, fassen können. Die „Zusammenlegung“ der britischen und amerikanischen Zone, die rasche Finanzierung der neuen Exportindustrie in diesen beiden Hauptstücken des neuen Reiches, die nun zu einem Kern des am Ende doch „westlich orientierten“ Deutschland geworden sind, deuten den neuen Kurs an. Und doch ist wieder allerlei Provozierendes in dieser Exportfinanzierung: Das deutsche Publikum muss sehen, wie seine besten Produkte zunächst aus dem Lande geführt werden. Freilich wird der oder jener Verständige sich sagen können, auf diese Weise entstünden die ersten Auslandsguthaben Deutschlands zur Bezahlung eines sogleich einsetzenden Imports. Und freilich kann jeder Deutsche, der die geringste Ahnung von Nationalökonomie besitzt, ausrechnen, dass solche zum Export bestimmte Produkte auch zu Hause Kapitalien und Konsumkraft erzeugen, so dass die bald hereinströmenden fremden Produkte zu Hause auch gekauft werden können. Der grosse Haufe jedoch wird nur „sehen, was vor Augen liegt“ – zum Beispiel das neue grosse „Exporthaus“ inmitten der Trümmer von Nürnberg, mit fabelhaften Waren – für den Export. Funktioniert der Plan, kann sich ja innert Jahresfrist alles ändern – und ebendies erhofft England, erhofft auch USA. Beide wollen sich ja auf diese Weise zunächst die Kosten ihrer Besatzungsregime vom Halse schaffen – jedoch damit auch Deutschland helfen.

In USA hat der Bergarbeiterführer John L. Lewis seiner Gewerkschaft die Wiederaufnahme der Arbeit befohlen. Geschickt verdeckt er seine Niederlage mit der Begründung, der oberste Gerichtshof, an den er gegen die über ihn und die Gewerkschaft verhängten Bussen von 3 Millionen und 10 000 Dollars appelliert, müsse frei von jedem Drucke der öffentlichen Meinung entscheiden können. Für Amerika und die Welt bedeutet die Streikpause sofortige Wiederaufnahme des Eisenbahnverkehrs und der Kohlenexporte, was wiederum dem verarmten und frierenden Deutschland zugut kommt, da England nicht durch eigene Verknappung gezwungen wird, die Deutschlandlieferungen einzustellen. Was nach der Streikpause, am 31. März 1947, geschehen wird? USA geht sehr weittragenden Entscheidungen entgegen, die unter Umständen auch die Konzepte der geplanten „Europa-Ordnung“ über den Haufen werfen.

Bierquelle

(Casino)

Der Dorn im Auge östlicher Mittelmeerpolitik:



Noch immer versperren Trümmer versenkter Schiffe griechische Häfen. Patras

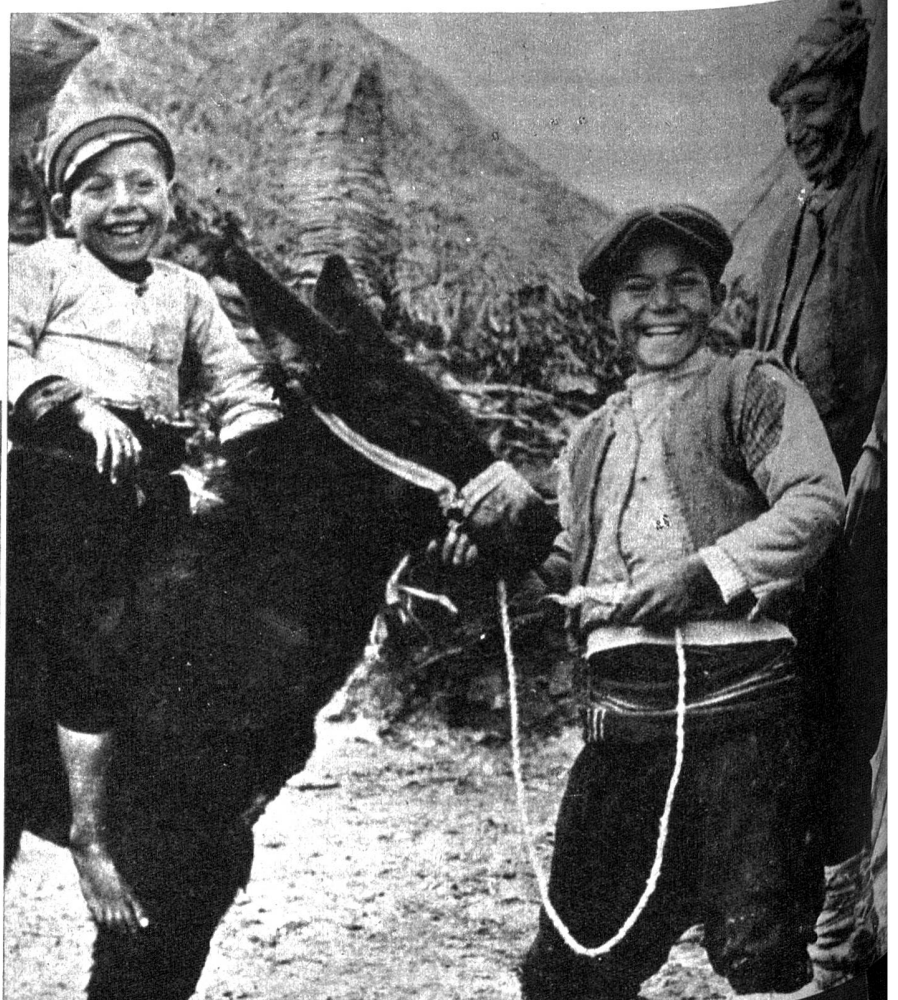
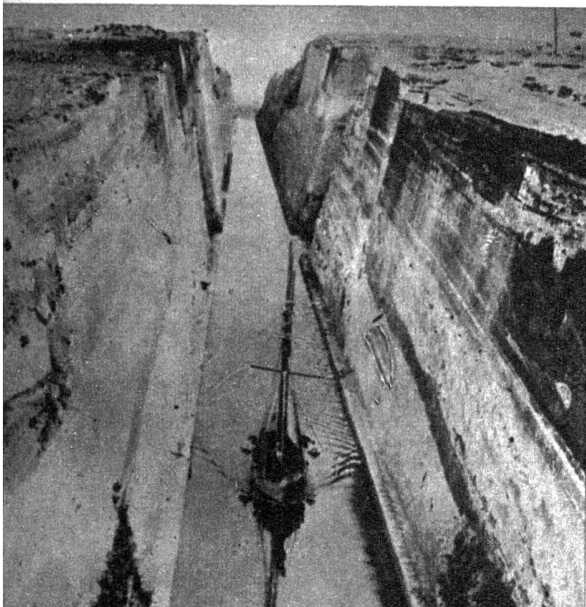


Griechenland ist heute der einzige Staat des Balkans, in welchem englischer und amerikanischer Einfluss noch eine Stütze des gegenwärtigen Regimes bilden können. Jugoslawien, das zu einem grossen Teil nur dank der anglo-amerikanischen Waffenlieferungshilfe eine rasche Befreiung durchführen konnte, Tito, der von den westlichen Alliierten die grösstmögliche Hilfe erhalten

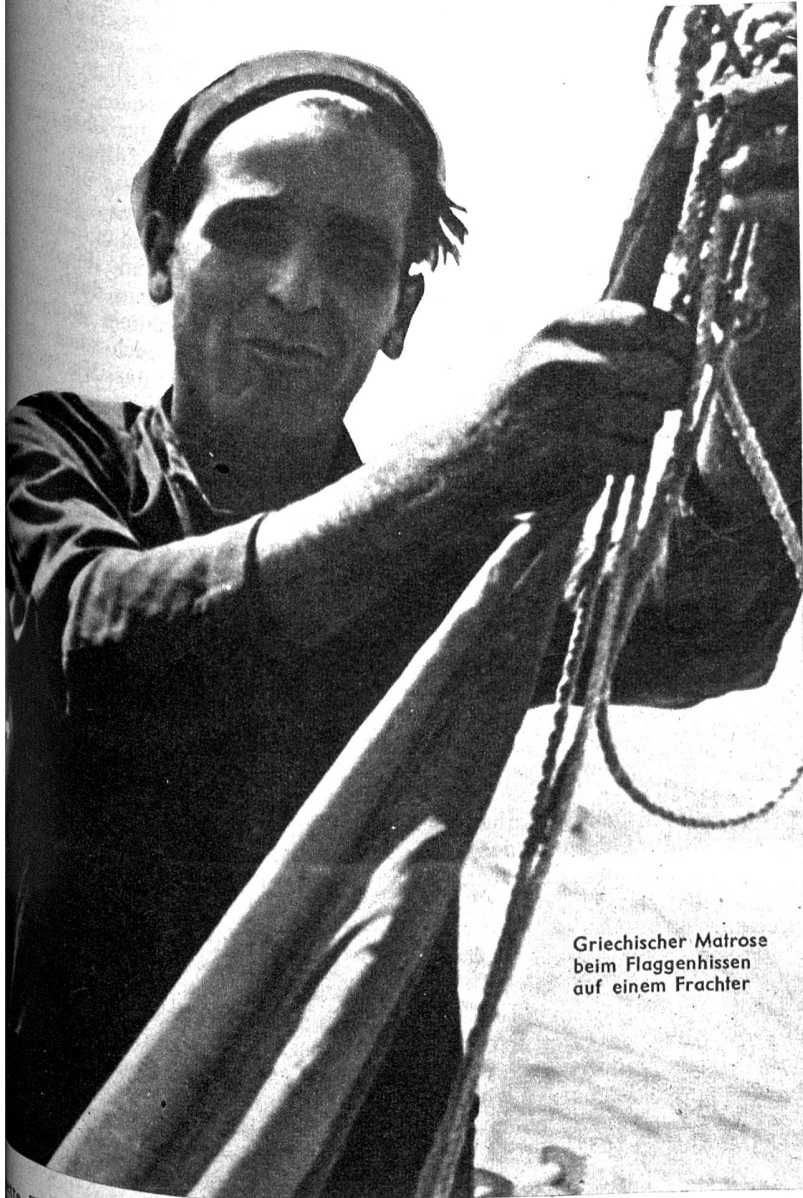
hatte, hat sich trotz allem eindeutig der Politik der Sowjetunion angeschlossen. Rumänien, Bulgarien, Ungarn – sie alle sind ganz offen inoffizielle Sowjetrepubliken geworden. Die westlichen Alliierten können in diese Geschicke nicht mehr eingreifen. Von östlicher Richtung tönen bekannte Rufe wie «Griechenland, Hochburg des Faschismus» und andere, vielleicht noch weniger

Unten: Das Leben der Landbevölkerung Griechenlands ist hart und der Lohn ein karger. Grund zum Lachen und Fröhlichsein hat sie heute weniger denn ehemals

Oben: Für diese Jugend sind die Zeiten heute sehr schwierig. Viele Kinder sind in den letzten Jahren an Hunger gestorben — Unten: Der Kanal von Korinth, heute der friedlichen Schifffahrt wieder geöffnet



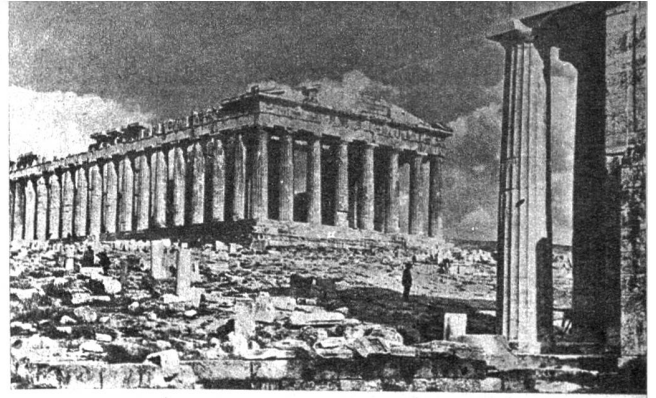
GRIECHENLAND



Griechischer Matrose
beim Flaggenhissen
auf einem Frachter

Titulierungen, die ebenfalls auf die
Frage und -lage bezüglich sind.
Die erst versteckten Angriffe haben heute
eine recht greifbare Form angenommen, und
sich zuerst nur die griechische Polizei
den «Banditen» in Nordgriechenland
anzuschlagen hatte, so musste nun die
Armee den Grenzschutz übernehmen, wo-
zu Griechenland zugleich in Erwägung zog,
im ganzen Fall der Generalversammlung
der Vereinten Nationen zu unterbreiten.
Griechenland will die griechische Regierung
überzeugbare Beweise in den Händen halten,
auf ausländische Einflüsse zurück-
zuführen seien. An diesen Einflüssen zurück-
zuführen hauptsächlich in griechisch-Mazedonien
beteiligt, man die Mitglieder der kommunistischen
Partei Griechenlands nennt. Daneben sollen
Mitglieder der N. O. F. der nationalen
Vereinigung ebenfalls mitwirken, und
die Organisation sei jugoslawischen Ur-
sprunges. Nun hat aber die griechische Re-
gierung herausbekommen, dass auf der Seite

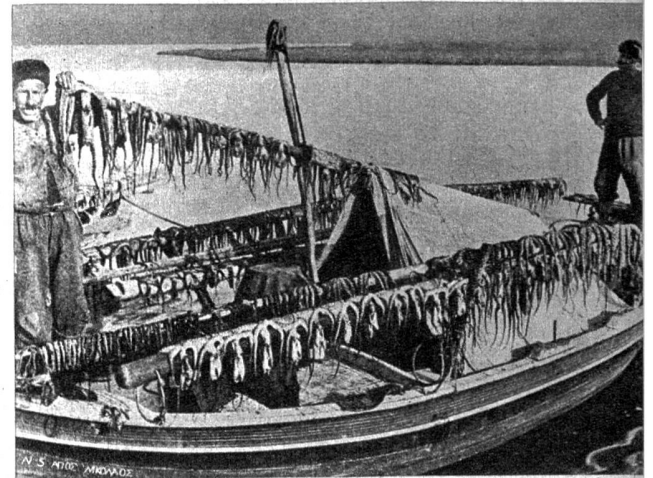
der «Banditen» hauptsächlich Angehörige
der Nachbarstaaten kämpfen, was die ganze
Geschichte noch weiter komplizierter ge-
staltet. Amerika und England könnten sich
wahrscheinlich dazu hergeben, aus ihrer
jetzigen Zurückhaltung herauszutreten –
wenn nicht die griechische Regierung unter
sich so uneins wäre, wie sie es eben ist.
Mutmassungen sind immer eine riskante
Sache, aber man wird kaum fehl gehen,
anzunehmen, dass von jugoslawischer Seite
her auf die Schaffung eines kommunistischen
mazedonischen Staates hin gearbeitet wird,
mit dem Ziel, Saloniki zu Jugoslawien zu
schlagen. Dass diese Bestrebungen von rus-
sischer Seite nur unterstützt werden, mag
daraus geschlossen werden, dass Russland
Albanien in der Vermittlungsfrage der Adria
unterstützt und nicht davor zurückscheut,
die westlichen Alliierten der Verletzung
territorialer Hoheitsrechte anzuklagen und
den Albanesen dadurch weiterhin den Rücken
zu stärken. Auf drei Seiten von östlich
orientierten Staaten eingeschlossen, ist es
für Griechenland wie für seine Helfer glei-
chermaßen schwierig, in Frieden zu leben.



Athens Wahrzeichen, die Akropolis, Symbol einer alten Grösse



Griechinnen in Saloniki



Griechische Fischer mit ihrer Beute an Tintenfischen,
die in Oel gebacken werden



Mazedonische Bauern